Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis für die 23 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 R.-Pf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil nur 1.10 R.-M. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 30 R.-Pf. ausschl. Porto. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,46 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Postadresse: Dresden-A. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20624, 27951–27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 64 | Sonnabend, 17. März 1934 | 42. Jahrgang

Ausbau der englischen Heeresorganisation

Rauschning über Deutschland und Polen – Neues Land aus dem Meer – Schau der Erb- und Rassenpflege

„Königliches Verteidigungskorps"

Interessante Mitteilungen im Unterhaus

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 16. März

Der Finanzsekretär im Kriegsministerium, Duff Cooper, hat bei der gestrigen Unterhausdebatte über den Heereshaushalt allerlei interessante Dinge gesagt. Während allgemein von Abrüstung gesprochen wird, will England jetzt sein Heer nicht unbeträchtlich vermehren. Nach den Ankündigungen von Duff Cooper soll ein neuer Zweig der Landarmee, ein sogenanntes „Königliches Verteidigungskorps", gebildet werden. Dieses Verteidigungskorps soll

aus früheren Heeresangehörigen zusammengesetzt

werden. Sie sollen nur in Notfällen für den Schutz gefährdeter Orte verwendet werden. Zu diesen gefährdeten Orten gehören auch Brücken, Waffenarsenale usw. Dieses Verteidigungskorps wird, ähnlich wie die übrige Armee, angeworben werden. Da für dieses Verteidigungskorps in erster Linie alte Soldaten in Betracht kommen, bedeutet der Beschluß der englischen Regierung nichts andres, als eine qualifizierte, jeden Augenblick bereite

Reservearmee

zu schaffen. Man legt großen Wert darauf, den rein defensiven Charakter dieser neuen Armee zu betonen. Es wird auch gesagt, daß diese neuen Streitkräfte weniger gegen einen feindlichen Angriff verwendet werden sollen, als vielmehr gegen übelwollende Personen oder ausländische Agenten im Innern. Duff Cooper klagte dann darüber, daß sich nicht genug junge Leute für die Armee anwerben ließen, und er fügte hinzu: „Ich kann mir keine bessere Karriere für einen jungen Mann von heute denken als die in der Armee.

Ein junger Mann, der in das Heer eintritt, kann mit voller Sicherheit in die Zukunft sehen."

Von besonderem Interesse waren Duff Coopers Bemerkungen gegen die „Enthusiasten der Motorisierung", die am liebsten die Kavallerie abschaffen und den letzten Infanteristen in einen Tank stecken möchten. Duff Cooper erklärte, daß die Infanterie immer noch die Hauptwaffe bei gewissen militärischen Operationen sein werde und daß Tanks und Panzerwagen in mancher Beziehung doch ungeeignet seien. Die Tanks seien heute gewiß eine viel wichtigere Waffe als im Jahre 1918, und wenn heute ein Krieg unter ähnlichen Bedingungen wie der letzte geführt würde, würden die Tanks wahrscheinlich die entscheidende Rolle spielen. Man könne jedoch die

Auswirkung neuer Erfindungen

auf den nächsten Krieg nicht voraussehen. Es bestünden alle Anzeichen, daß die Erfindung panzerdurchschlagender Kugeln viel schneller vor sich gehe als die Erfindung kugelsicherer Panzer. Es sei möglich, daß in einigen Jahren der schwerstgepanzerte Tank oder Panzerwagen durch Gewehr- oder Maschinengewehrfeuer verletzbar sei. Am Schluß der Unterhaussitzung wurde der Heereshaushalt angenommen.

Frankreichs Note an England

Morgen endlich Ueberreichung?

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 16. März

Die französische Regierung tritt morgen mittag zu einem Ministerrat zusammen, um den Text der französischen Abrüstungsnote an England endgültig festzusetzen. Sie soll eventuell noch Sonnabendabend überreicht werden. Der „Temps" bemüht sich, die internationale Stimmung schon auf diese Note vorzubereiten. Er sucht dabei mit zahlreichen gehässigen Ausfällen alle Schuld auf Deutschland abzuwälzen. Es bestehe wenig Aussicht, sagt das Blatt, „zu einem gewissen Grad der Abrüstung zu gelangen". Abrüsten könne man nur in einer

Atmosphäre des Vertrauens.

Doch das Vertrauen lasse sich nicht herbefehlen. Es könne nur wiedererstehen, „wenn sich diejenigen, die den Krieg entfesselt haben, endlich zu Taten auch in der Abrüstung und in der Friedenssicherung entschließen". Man könnte hier dem „Temps" vollkommen zustimmen, wenn er damit Frankreich meinte! Aber er meint natürlich Deutschland. Der „Jour" glaubt versichern zu können, daß die französische Regierung in sehr höflicher aber entschiedener Form

die englischen Abrüstungsvorschläge ablehnen

werde. Der „Figaro" erklärt, daß die französische Regierung in ihrer Note auf die enge Verbindung zwischen Abrüstung und Sicherheit hinweisen werde. Wenn die englische Regierung bereit sei, Frankreich genügend Sicherheitsgarantien zu geben, werde die ganze Abrüstungsfrage ein andres Gesicht bekommen. Der Sozialistenführer Léon Blum stößt im „Populaire" einen Alarmruf aus und spricht von einer radikalen Umwälzung der bisherigen französischen Politik in der Abrüstungsfrage. Man habe Mühe, eine so schwerwiegende Handlung zu begreifen. Das französische Volk müsse endlich darüber entscheiden, ob es sich damit einverstanden erkläre, daß sich Frankreich in einen Rüstungswettlauf stürze.

Belgien und die Abrüstung

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Brüssel, 16. März. (Durch United Preß)

Der belgische Senat nahm gestern eine Entschließung an, in der er die Regierung auffordert, alle ihr möglichen Schritte zu unternehmen, um ein internationales Weiterrüsten zu verhindern. Vor allem aber wird der Regierung die Pflicht auferlegt, Belgiens Teilnahme an einem solchen Weiterrüsten zu vermeiden. Die Entschließung beschäftigt sich weiter mit den deutschen Forderungen, die sie ablehnt und deren Annahme sie nur dann für diskutabel erklärt, wenn Belgien genügend Sicherheiten erhält. Die Sozialisten stimmten für die Entschließung, betonten aber zu gleicher Zeit, daß sie der Regierung das Vertrauen weiterhin verweigern.

Der Pariser Botschafter Italiens berichtet in Rom

DNB. Paris, 16. März. (Durch Funkspruch)

Der italienische Botschafter in Paris ist am Donnerstagabend nach Rom abgereist. In politischen Kreisen erklärt man dazu, daß er seine Regierung über seine Besprechungen mit dem französischen Außenminister in der Abrüstungsfrage unterrichten werde.

Die Vollmachten Doumergues

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Paris, 16. März. (Durch United Preß)

Nach der für heute zu erwartenden Vertagung der Kammer und des Senats wird die Regierung Doumergue bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments, der am 15. Mai erfolgen dürfte, zwei Monate hindurch mit Notverordnungen regieren. Doumergue hat vom Parlament außerordentliche Vollmachten erhalten, die fast als Diktatur bezeichnet werden können. Die Regierung ist zu Einsparungen jeder Art an den Staatsausgaben ermächtigt. Sie kann sogar einen Beamtenabbau vornehmen. Sie hat außerdem die Vollmacht, die Zölle für alle Waren beliebig herauf- oder herunterzusetzen.

Die Streiks in Spanien

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Barcelona, 16. März. (Durch United Preß)

Die Streiklage in Spanien ist nach wie vor sehr ungleichmäßig. Während in verschiedenen Orten Kataloniens die Teilstreiks noch fortdauern und der angekündigte Streik der Elektrizitätsarbeiter von Barcelona heute beginnen soll, steht im Madrider Druckereistreik offenbar eine versöhnliche Lösung bevor. Ein Teil der Druckereibesitzer glaubt, daß heute die Arbeit wieder aufgenommen wird. Ein neuer prinzipieller Konflikt größeren Ausmaßes könnte aus der Haltung der Regierung gegenüber den sozialistischen Gewerkschaften entstehen. Flugblätter, die bei der Arbeiterschaft umlaufen, sprechen davon, daß die Regierung die Gewerkschaften auflösen wolle, und fordern die Arbeiter auf, sich hiergegen zu wehren.

Die Verhandlungen in Rom

Dollfuß verlängert seinen Aufenthalt – Eine politische Erklärung?

Telegramm unsres Korrespondenten

v Rom, 16. März

Gestern nachmittag haben die eigentlichen Besprechungen zu dritt zwischen Mussolini, Dollfuß und Gömbös begonnen. Die Unterredung dauerte drei Stunden. Offiziell ist über diese Besprechungen nur ein nichtssagender Bericht ausgegeben worden. Er teilt lediglich mit, daß die drei Staatsmänner sich über die wirtschaftlichen und politischen Fragen unterhalten haben, die ihre Länder betreffen. In gut unterrichteten Kreisen will man aber wissen, daß prinzipiell in den Wirtschaftsfragen bereits Einigkeit erzielt worden sei. Einzelprobleme sollen noch geklärt werden, jedoch ist es fraglich, ob bereits heute ein Abkommen zustandekommt. Dollfuß hat seine Heimreise nach Wien bis auf Sonntag früh verschoben.

*

Nach andern Berichten soll entgegen den ursprünglichen Versicherungen nun doch beabsichtigt sein, auch politische Erklärungen auszuarbeiten. Dazu wird betont, daß, welches auch immer die Form dieser politischen Kundgebung sein werde, ihr Inhalt auf jeden Fall allen am Donaubecken interessierten Staaten die Mitarbeit bzw. den Beitritt offen lassen werde. Es sei immer betont worden, daß eine endgültige Regelung der Frage des Donaubeckens, wie sie von den drei Staatsmännern angestrebt werde, nicht ohne die Mitwirkung Deutschlands und der Kleinen Entente möglich sei. Eine gewisse Bestätigung dafür bringt ein römischer Bericht der christlich-sozialen „Reichspost" in Wien, nach dem folgende drei Punkte behandelt worden sein sollen:

1. Die Unabhängigkeit Oesterreichs und die Zusammenarbeit für den europäischen Frieden bilden die Grundlage jeder wirtschaftlichen Verständigung über den Donauraum. Jeder vierte Staat, der sich in wirtschaftlichen Verhandlungen über die Neuregelung im Donauraum ausschließen will, muß sich zu diesem Punkt zustimmend bekennen.

2. Italien nimmt sowohl von Oesterreich als auch von Ungarn Ausfuhrwaren in erhöhtem Umfange an, um die wirtschaftliche Stärkung beider Länder zu erreichen. Oesterreich liefert Holz und Industrierohstoffe nach Italien, Industriewaren nach Ungarn, während Ungarn Getreide und viehwirtschaftliche Produkte, Italien Wein und Obst sowie Industriefertigwaren an die Wirtschaftsnachbarn abtreten dürfen. Durch gegenseitige Vorzugszölle und Kontingente, vor allem durch Sondertarife der Eisenbahnen und durch Vergünstigung des Hafentransportes soll die Grundlage einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft gefunden werden, auch wenn noch einzelne Punkte offen blieben.

3. Dieses Ausgleichssystem steht mit ähnlichen Rechten und Pflichten auch andern Ländern im Sinne der Konferenz von Stresa und des Memorandums von Mussolini offen in der Weise, daß ähnliche Abkommen getroffen werden können, die die Ein- und Ausfuhr untereinander zu vervielfachen imstande wäre.

Auch in Paris rechnet man mit Vereinbarungen auf der hier gekennzeichneten Grundlage. So berichtet das „Petit Journal", daß am Ende der römischen Besprechungen „eine Einladung an die andern europäischen Mächte einschließlich Deutschlands und der Kleinen Entente" erlassen werden würde, um sie zur Mitarbeit an der Sanierung Mitteleuropas „auf der Grundlage des italienischen Donaumemorandums vom September des letzten Jahres aufzufordern".

In Deutschland tut man am besten daran, alle diese Mitteilungen zwar aufmerksam zu verfolgen, im übrigen mit einer Stellungnahme aber zu warten, bis konkrete Angaben vorliegen.

30 000 Hektar Neuland

Ein gigantischer Plan wird durchgeführt

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

P. Berlin, 16. März. Wie man sich erinnern wird, hatte der Oberpräsident von Holstein, Gauleiter Lohse, im Januar vom preußischen Ministerpräsidenten außerordentliche Vollmachten zur Durchführung der Landgewinnungsarbeiten an der Westküste der Nordmark erhalten. Wie der „Völkische Beobachter" mitteilt, ist jetzt auf Grund dieser Vollmacht ein Generalplan ausgearbeitet worden. Danach sollen in den nächsten hundert Jahren

die Anlandungen bis zu den äußersten Inseln und Halligen vorschreiten.

30 000 Hektar Neuland soll entstehen. Außerdem sind Eindeichungen der größeren Buchten vorgesehen. Der erste Zehnjahresplan wird dreißig Millionen verschlingen. 3 Millionen Mark sind für das erste Jahr ausgesetzt, 5000 Mann finden dauernd Beschäftigung.

Die Insel Nordstrand,

ein äußerst fruchtbares Eiland, wird zunächst durch einen Damm mit dem Festlande verbunden. 600 000 Kubikmeter Erde müssen angefahren werden. Es wird in Doppelschichten gearbeitet. Die Rammarbeiten sind bereits beendet, und die Schüttungen können im Laufe des Jahres vollendet werden. 1935 wird dann die Straße gebaut. Der neue Damm wird dann durchaus sturmflutfrei sein. Einige Kilometer weiter nördlich ist

der zweite Dammbau nach der Hallig Nordstrandischmoor

in Angriff genommen worden. Er wird etwa sechs Kilometer lang. Die Neulandgewinnung wird aber auch durch Gitterwerke, die man in das Wattenmeer hineinbaut, erstrebt. Doppelpfahlreihen, möglichst quer zur Flutrichtung, werden mit Reisig durchflochten. An der Seite dieser Pfahlreihen oder -dämme wächst dann das Land gleichsam aus dem Meer heraus. So holt sich der Mensch mit Hilfe der Technik das Land wieder, das ihm die Meeresgewalten im Laufe vieler Jahrhunderte geraubt haben.

Baustelle Unterhaching

Die Eröffnung der Arbeitsschlacht

× München, 16. März

Nach Mitteilungen in einer Pressekonferenz beim Gau München-Oberbayern wird der Führer am 21. März um 11 Uhr vormittags von der Baustelle Unterhaching bei München durch eine über alle deutschen Sender gehende Rede den Großkampf gegen die Arbeitslosigkeit eröffnen. Die Baustelle liegt an der Autobahn München–Landesgrenze. Nach der Rede wird der Führer die Baustelle abgehen. Während dieser Zeit wird Reichspropagandaminister Dr. Goebbels zu den deutschen Arbeitern, ebenfalls über alle deutschen Sender, sprechen. Der Generalinspekteur des deutschen Straßenwesens, Dr. Todt, wird an den Führer Meldung erstatten über die Belegschaft dieser und der übrigen Reichsautobahnen. An dem Akt wird mit dem Reichsarbeitsminister Seldte auch der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller, teilnehmen. Die Baustelle, an der der Führer den Großkampf 1934 gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet, liegt in einem landschaftlich reizenden Winkel. Von dort aus hat man einen schönen Blick auf die Stadt München, anderseits auch durch einen Waldeinschnitt hinweg auf die Berge, namentlich die Brecherspitze. 2000 Arbeitsdienstmänner werden an der Eröffnung des Großkampfes gegen die Arbeitslosigkeit durch den Führer teilnehmen.

Hoesch beim Kanzler

× Berlin, 16. März. Der Reichskanzler empfing gestern den deutschen Botschafter in London, Dr. von Hoesch, zum Vortrag.